

Die Demontage
des Finanzministers
kommt nicht überraschend

Hans Eichel – Sturz eines Überfliegers

Muriel Büsser

Wie sich die Ereignisse wiederholen. In der vergangenen Legislaturperiode dauerte es knapp fünf Monate, bis das rot-grüne Bundeskabinett seinen Finanzminister verlor. Sollte es für diese Entwicklung nun eine zweite Auflage geben? Amtsinhaber Hans Eichel steht derzeit in einem ähnlich grundsätzlichen Konflikt mit der Linie der Bundesregierung wie sein Vorgänger Oskar Lafontaine vor vier Jahren – wenn auch die jeweiligen Standorte gänzlich andere sind. Während Lafontaine seine links-ideologische Finanzpolitik nicht durchsetzen konnte, eckt Hans Eichel spätestens seit dem Wahlsieg im September mit seinem Sparkurs an. Schon im Laufe der Koalitionsverhandlungen, als bekannt wurde, dass der Bundeskanzler die Sparappelle seines Finanzchefs brüsk zurückwies, tauchten die Ersten auf, die fragten: Wie lange macht der Eichel das wohl mit? Einige seiner Partei- und Koalitionskollegen stempelten ihn bereits öffentlich zum Sündenbock für die gesamte Misere der Regierung seit der Wiederwahl. Der überstürzte Sturz eines einstigen Stars?

Der gelungene Start

Der Aufstieg des Hans Eichel vom abgewählten Ministerpräsidenten zum zweiten Mann in der SPD-Regierungsriege vollzog sich rasant. Die Startbedingungen waren aber auch denkbar günstig. Die Finanzpolitik von Oskar Lafontaine zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode stand in harscher Kritik, sein fiskalisches Konzept, die Umverteilung

von oben nach unten, hatte die Stimmung in der Wirtschaft auf niedrigstes Niveau sinken lassen. Nach dem überraschenden Rücktritt galt es, die Lücke schnell zu schließen. Des Kanzlers Wahl fiel auf Hans Eichel, den Wahlverlierer aus Hessen. Der Beigeschmack „aus Mangel an Alternativen“ lag auf der Zunge. Doch der ehemalige Oberbürgermeister aus Kassel schaffte es erstaunlich schnell, das Etikett „Notnagel“ abzustreifen. Und das, obwohl er die Fähigkeiten für eines der wichtigsten Ämter der Republik nicht wirklich mitbrachte. „Ich habe nie behauptet, etwas von Steuern zu verstehen, als ich noch nicht Finanzminister war“, bekannte Eichel Jahre später. „Danach habe ich es erst mühsam lernen müssen.“

Sparen als Markenzeichen

Wenn Hans Eichel dennoch erstaunlich schnell das Vertrauen von Wirtschaft und Bevölkerung gewinnen konnte, dann vor allem deshalb, weil er sich von Anfang an mit einem klaren und für jedermann einsichtigen Ziel präsentierte: Sparen. Der neue Bundesfinanzminister war bei seinem Amtsantritt mit einem Schuldenberg der öffentlichen Haushalte von 2,3 Billionen Mark konfrontiert worden, was den ehemaligen Lehrer unmittelbar zu der Mission „Abtragen“ berief. „Der Finanzminister wird ja bekanntlich dafür bezahlt, dass er sich unbeliebt macht“, war einer seiner ersten Sätze vor dem Parlament. „Das Gebot der Stunde lautet Sparen. Dabei darf keine Ausgabenposition

tabuisiert werden.“ Zur allgemeinen Überraschung folgten den Worten auch Taten. Eichels Kabinettskollegen sahen sich mit der Anordnung konfrontiert, ihren Etat für das Jahr 2000 pauschal um 7,4 Prozent zu kürzen. Widerstand war zwecklos, denn der neue finanzpolitische Kurs fand Unterstützung von ganz oben. Gerhard Schröder stand fest hinter seinem neuen Minister. Dessen Sparpolitik wurde zu einem Markenzeichen der Regierung, die zu diesem Zeitpunkt nur allzu froh war, überhaupt ein Markenzeichen gefunden zu haben.

Aus Eichels gelungenem Start wurde schnell eine Erfolgsgeschichte. Im Jahr 2000 präsentierte er seine „Jahrhundert“-Steuerreform und setzte sie nach langem Hin und Her, etlichen Korrekturen und zweifelhaften Deals mit einzelnen Bundesländern auch im Bundesrat durch. Der Bundeskanzler erhielt durch seinen Finanzminister so viel Aufwind, dass er ihn nach dem gelungenen Länderkammer-Coup vor lauter Glück in den Arm nahm. Ein seltenes Bild.

Hundert Milliarden Mark

Nur wenige Wochen später gab es die nächste gute Nachricht für den Schatzmeister: Die Versteigerung der UMTS-Mobilfunklizenzen spülte fast hundert Milliarden Mark in die Staatskasse. Kaum ein Verband in Deutschland, der in dieser Zeit nicht einen Wunschzettel ins Finanzministerium schickte, kaum ein Politiker, der sich nicht öffentlich dazu äußerte, wie das viele Geld wohl am sinnvollsten ausgegeben werden könnte. Doch Eichel setzte sich gegen alle Begehrlichkeiten innerhalb und außerhalb der eigenen Reihen durch. Die Milliarden flossen in die Schuldentilgung. Nur auf die eingesparten Zinsen musste der Bundesschatzmeister zugunsten eines Investitionsprogramms verzichten, was ihm jedoch gegenüber der Phalanx der Sparkritiker vorübergehend Luft verschaffte.

In der SPD galt zu dieser Zeit das ungeschriebene Gesetz, Eichel, dem Star des Kabinetts, dem Aushängeschild der Regierung, den Rücken freizuhalten. Die Experten lobten ihn, die Zeitungen titelten „Hans im Glück“, der spröde Finanzminister avancierte zum Medienliebling. Locker und souverän erklärte er in jedes herumstehende Mikrofon die Gründe hinein, warum Deutschland weniger Schulden machen und das Sparziel fest vor Augen behalten müsse. Und die Öffentlichkeit glaubte ihm. Eichels PR-Strategen leisteten beste Arbeit darin, den Bundesfinanzminister auch privat als überzeugten Sparer zu präsentieren: Er kauft Anzüge von der Stange, nimmt sein Mittagessen an der Pommesbude ein, in seiner Berliner Wohnung stehen Möbel von Ikea, und den Bandscheibenvorfall zog er sich natürlich beim Putzen zu. In Interviews drückt er schon mal seinen Unmut darüber aus, wenn er es während des Sommerschlussverkaufs nicht zum Schnäppchenjagen geschafft hat. Bei so einem Knauser wäht der Bürger seine Steuermilliarden gut aufgehoben. Wenn so jemand Sparmaßnahmen für nötig hält, wird es damit schon seine Richtigkeit haben.

Der Stimmungswandel

In diesem Sommer 2000 war Hans Eichels Karriere auf ihrem kurzen Höhepunkt angelangt. Von da an ging es – wenn auch zunächst kaum merklich – bergab. Das Sinken des Sterns Hans Eichel vollzog sich parallel zum Abflauen des Konjunkturoberhochs und gleichermaßen unaufhaltsam. War sein Sparkurs während des Wirtschaftsbooms innerhalb der Regierung unumstritten, so traten mit Stottern des Konjunkturmotors die Kritiker aus ihren Rückzugsgebieten. Weit folgenreicher für Hans Eichel war jedoch, dass auch der den Stimmungsumschwung witternde Kanzler die Lust am kompromisslosen Sparen verlor. Der Richtungs-

wechsel geschah bereits im Herbst des Jahres 2000. Auf die heftige Stimmungsmache der Autofahrer- und Lkw-Lobby wegen der zwischenzeitlich stark gestiegenen Ölpreise hin verkündete Gerhard Schröder, die Kilometerpauschale zu erhöhen, zu einer Entfernungspauschale zu erweitern und bedürftigen Haushalten Heizkostenzuschüsse zu gewähren. Der Finanzminister musste zähneknirschend die Kassen öffnen.

„Konjunkturschock“ als Sündenbock

Damit war der Konsolidierungsbann gebrochen. Die Begehrlichkeiten wurden größer, des Sparhans' „Nein“ war nicht mehr unüberwindlich. Eichel musste für die Familienförderung Mittel zurücklegen, Rudolf Scharping mehr Geld zustecken, die Kosten für die Auslandseinsätze kamen ebenso hinzu wie die unvorhergesehenen Ausgaben im Zuge des BSE-Skandals und der von den Grünen erstrittenen „Agrarwende“. Gleichzeitig begannen sich die Folgen des Konjunkturabschwungs bemerkbar zu machen. Das Wort „Steuermindereinnahmen“ feierte im Jahr 2001 traurige Renaissance. Der Rückgang der Steuereinnahmen durch die Wirkungen der Steuerreform – nicht nur die eingepflanzten, sondern vor allem die überraschenden Wirkungen – und schließlich auch durch die Folgen des 11. September wurden spätestens zum Jahresende in ihrer Dramatik sichtbar.

Der „weltweite Konjunkturschock“ wurde fortan zum allgegenwärtigen Sündenbock, wenn ein Regierungsmitglied die plötzlichen Unwägbarkeiten auf dem so fest gesteckten Konsolidierungskurs zu erklären hatte. Der Zusammenhang ist nicht abzustreiten, wenn auch sein starker Einfluss auf die deutsche Wirtschaft andere Ursachen hatte. So hätte die Bundesregierung aus heutiger Sicht in den Boomjahren 1999 und 2000 – zu Zei-

ten von Rekordgewinnen und abnehmender Arbeitslosigkeit – viel stärker sparen können und müssen. Zudem hat sie damals die Chance verpasst, den Bundeshaushalt mit Strukturreformen flexibler zu machen. Mehr als drei Viertel der Bundesausgaben sind weiterhin durch Zinsausgaben und gesetzliche Verpflichtungen wie Sozialausgaben und Rentenzuschüsse gebunden. Die Riestersche Rentenreform und das Herumgestochere in der Gesundheitspolitik waren alles andere als geeignet, das zu ändern – schon gar nicht kurzfristig.

Die Arbeitslosigkeit

Zusätzlich führte der verkrustete Arbeitsmarkt dazu, dass die Konjunkturdämpfung voll auf die Beschäftigungslage niederschlug. Mehrfach plante Hans Eichel ein, im kommenden Etat den Milliardenzuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit zu streichen. Immer wieder machten ihm die Arbeitsmarktdaten einen Strich durch die Rechnung. Der Handlungsbedarf auf dem Arbeitsmarkt muss Eichel mehr als jedem anderen Kabinettsmitglied deutlich gewesen sein. Dass er hier nicht vehemente Reformen einforderte, dass er sich fast nie öffentlich zur Arbeitsmarktpolitik äußerte, mag an seiner freundschaftlichen Beziehung zu Walter Riestler gelegen haben, den er nicht durch Kritik unter Druck setzen wollte.

Bemerkbar machte sich mit der abflauenden Konjunktur auch, dass Hans Eichel seit seinem Amtsantritt immer wieder auf Kosten der Bundesländer und Gemeinden gespart hatte. Das Kassieren der UMTS-Milliarden, die die gebeutelten Konzerne anschließend zu Lasten ihrer Bundesländer von der Steuer absetzten, ist da nur das markanteste Beispiel. Zusätzlich litten die föderalen Partner unter den Folgen hoher Arbeitslosigkeit und sinkenden Steuereinnahmen. Als Konsequenz fuhren sie ihre Investitionen stark

zurück und konnten damit die erschlafende Wirtschaft nur in ihrem Trend bestärken.

Das Wahljahr

Was für den Bundesfinanzminister zunächst kein Problem darstellte, da die Finanzmisere der Länder und Gemeinden nicht auf den Bund zurückfiel, flog Hans Eichel spätestens Anfang des Jahres 2002 um die Ohren. Die zunehmend prekäre deutsche Haushaltslage – inklusive Länder- und Gemeindehaushalten – machte sich in Brüssel bemerkbar. Die EU-Kommission prognostizierte für das angefangene Jahr ein deutsches Defizit nahe der Drei-Prozent-Grenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und beschloss, an das größte Mitgliedsland eine Frühwarnung zu schicken. Hans Eichel war bereit, den „Blauen Brief“ zu akzeptieren. Doch der Kanzler sah es anders. Um sich im Wahljahr keine Blöße zu geben, machte er aus dem Verwaltungsakt eine Staatsaffäre, zieh die EU-Kommission der Deutschlandfeindlichkeit und wies seinen Finanzminister an, die Verwarnung zu verhindern – koste es, was es wolle. Der folgsame Hans zog sich also mit verwegenen Zugeständnissen aus der Affäre. Statt 2006 werde er bereits 2004 einen ausgeglichenen Gesamthaushalt vorlegen, versprach er den Nachbarn – ein „Wahnsinn“, urteilten damals die Experten. Inzwischen ohnehin Makulatur.

Schröders Kalkül vergiftete das Klima mit der EU-Kommission und ging ansonsten nicht auf. Der abgewendete „Blaue Brief“ lieferte Öffentlichkeit und Opposition in der Folgezeit nicht weniger Angriffsfläche, als ein abgeschickter es getan hätte. Hans Eichel musste nun eine Haltung einnehmen, die ihm in diesem Ausmaß bislang unbekannt war: die verteidigende. Seine Argumentation verlief dabei stets gleich: Schuld an den Haushaltslöchern seien die Steuerausfälle, die Steuerausfälle seien bedingt durch die

konjunkturelle Flaute, und die liege nun einmal am 11. September und dem weltweiten Abschwung. Eichel verließ sich öffentlich auf das Prinzip Hoffnung: Wenn das Wachstum erst wieder anziehe, so die Argumentation, werde sich die Haushaltslage auch schon wieder entspannen. Gebrauchte der Finanzminister dabei zumeist den Konjunktiv, so legte der Bundeskanzler mit Festlegungen nach. Schröder redete bei jeder Messeeröffnung und Wahlveranstaltung den nahenden Aufschwung herbei und brachte seinen Finanzminister, wo es ging, in Zugzwang. Eichel hatte sich zu beeilen, des Kanzlers Worte mit Fakten zu belegen. Wider besseres Wissen erklärte er also, der „Blaue Brief“ sei vom Tisch, die Steuereinnahmen würden sich im zweiten Halbjahr wohl wieder stabilisieren, und das Wachstum dürfte im letzten Quartal wieder anziehen.

Der Staatssekretär als Sündenbock

Spätestens bei der Vorlage des Haushalts 2003 – wacklige Wachstumsannahmen, klein gedruckte Rentensteigerungen – muss es dem Kanzler gedämmert haben: Mit dem Pfund Eichel lässt sich im Wahlkampf nicht mehr wuchern. In der gesamten Regierungskoalition wurde der Unmut lauter: Der Finanzminister verbat sich kostspielige Wahlversprechen, doch seinen Haushalt hatte er offensichtlich nicht im Griff. Da sich nur wenige trauten, Eichel direkt anzugreifen, kanalisierte sich der Unmut in Ausfällen gegen seinen Staatssekretär Manfred Overhaus, der als Überbleibsel der Unionsregierung ohnehin stets mit Misstrauen beäugt wurde. Spätestens mit dem Führungsdebakel bei der Deutschen Telekom im Juli brach es aus vielen Koalitionären heraus. Auch der Kanzler schob Eichel die Schuld an der verpatzten Sommer-Ablösung in die Schuhe. Die Koordination der Nachfolgerfindung liege beim Finanzministe-

rium, ließ das Kanzleramt damals demonstrativ verlauten. Ein Hinweis, der nicht unbedingt nötig gewesen wäre.

Schröder ging es in jenen Wochen offensichtlich auf die Nerven, dass die Medien Hans Eichel nahezu täglich für neue Spitzenpositionen nach einer möglichen Wahlniederlage der SPD ins Gespräch brachten: Vizekanzler einer großen Koalition, Außenminister, Parteichef, Fraktionsführer. Die Dementis aus dem Finanzministerium waren dem Kanzler dabei wohl zu verhalten.

Dämpfer aus dem Kanzleramt

Und so verpasste Schröder seinem Etatchef bei der Debatte um die Flutfinanzierung einen weiteren Dämpfer. Zahlreiche Vorschläge präsentierte ihm der Minister damals, doch Schröder entschied sich ausgerechnet für eine Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform – Eichels liebsten Kindes. Gerade die geplanten Einkommensteuersenkungen, die der Finanzminister argumentativ so dringend brauchte, um seine Steuerpolitik nicht mittelstandsfeindlich erscheinen zu lassen, schob der Kanzler nun auf die lange Bank. Dass sich die Opposition als Reaktion darauf wie wild für die einst heftig kritisierte Eichelsche Reform einsetzte, wird dem Finanzminister kaum ein Trost gewesen sein.

Die Demontage

Die Bundestagswahl gewann die SPD bekanntermaßen nicht wegen, sondern eher trotz Hans Eichels Finanzpolitik. Die Quittung erhielt der gefallene Sparengel postwendend. Eichel wurde bei der ersten Präsidiumssitzung ebenso abgekantelt wie bei den Koalitionsverhandlungen. Schröders Reaktion auf Eichels routinemäßige Sparappelle – „Hans, jetzt hör doch mal auf!“ – ging durch alle Gazetten. Der Finanzminister verlor ohne größere Diskussion die Europaabteilung an Joschka Fischer und die Grundsatzabtei-

lung an den neu aufgestiegenen Kabinettsstar Wolfgang Clement. Doch das Schlimmste: Eichel verlor auch seinen Ruf, nachdem sich die Koalitionspartner auf mehr Neuverschuldung als geplant und höhere Steuern einigten. „Ex-Sparminister“ titelte die Bild-Zeitung. Nicht nur Eichels Reputation war im Eimer, er galt auch als Lügner. Wie oft hatte er vor der Wahl den Journalisten Sätze wie „Ich brauche keine höheren Steuern“ oder „Eine Sanierung der Staatsfinanzen über höhere Steuern ist nicht nachhaltig“ in die Blöcke diktiert.

Das Defizitkriterium

Nach dem Motto „Ist der Ruf erst ruiniert...“ nahm es die Öffentlichkeit daraufhin geradezu gelassen, als Hans Eichel verkündete, das europäische Defizitkriterium 2002 definitiv nicht einhalten zu können. Finanzpolitische Hiobsbotschaften hagelte es von nun an täglich: höhere Neuverschuldung, ein Verfahren in Brüssel, Milliardenloch bei den Steuereinnahmen, Nachtragshaushalt für 2002, Etatentwurf für 2003 mit globaler Minderausgabe und vielen Unbekannten, nochmals mehr Schulden. Parallel dazu schnürten seine Kabinettskollegen dem Bundesfinanzminister sein Sparpaket wieder auf: doch keine Abschaffung des Spendenabzugs, statt fristloser Spekulations- eine geringere Pauschalbesteuerung und was die Senkung der Eigenheimzulage betrifft – mal sehen. Dazu zogen die Gewerkschaften dem Hartz-Konzept so viele Zähne, dass die für 2003 – wieder einmal – eingeplante Abschaffung des Zuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit wieder einmal ein frommer Wunsch bleiben dürfte. Die ehemalige Mauer Hans Eichel, die lange Zeit den Bundeshaushalt vor Eingriffen schützte, ist zu einer löchrigen Hecke geworden, die keiner mehr ernst nimmt.

Seither darf jeder sich fragen, worüber er sich mehr ärgern soll: über das Finanz-

desaster als solches oder über das Verschweigen desselben bis kurz nach der Wahl, die lange Zeit des Nichtstuns, in der die Regierung das Land sehenden Auges in den Abgrund manövrierte. Seit Monaten war klar, dass das Defizitziel nicht mehr einzuhalten war. Doch warnende Stimmen – auch aus Koalitionskreisen – wurden bekanntlich abgebugelt. Es hätte eines wirklich überraschenden Aufschwungs bedurft, um die Lage noch zu retten. Wenn Hans Eichel den gesamten Sommer lang behauptete: „Lasst uns den September abwarten, dann weiß ich mehr!“, und wenn er Anfang September die gebotene Zahlenlieferung nach Brüssel aus angeblichem Mangel an neuen Daten aufschob, war das Argument zwar nicht aus der Luft gegriffen. Der September ist ein wichtiger Steuereinnahmemonat. Aber dass die Septembereinnahmen das Minus der Vormonate wettmachen würden, konnte realistischerweise niemand annehmen – auch Hans Eichel nicht. Dass er sich dennoch immer wieder auf diesen Strohhalm berief, war – um es mit einer seiner Lieblingsvokabeln zu bezeichnen – unredlich.

Schädlicher Schlingerkurs

Die Experten mögen darüber streiten, ob es für die Wirtschaftslage in Deutschland derzeit besser ist, sich weiterhin um Sparsamkeit zu bemühen, um den Schuldenberg abzutragen und kommenden Generationen die Handlungsfähigkeit zu erhalten, oder ob die restriktive Finanzpolitik jedes Aufschwungpflänzchen vertrocknen lässt und der Konsolidie-

rung der Staatsfinanzen damit letztlich weniger dient als mit schuldenfinanzierten Investitionen. Doch Einigkeit herrscht in allen fiskaltheoretischen Lagern darüber, dass ein Schlingerkurs zwischen beiden Politiklinien, ein „Sich-nicht-festlegen-Wollen“ in jedem Fall schadet. Unberechenbarkeit hemmt jede wirtschaftliche Aktivität. Und die Finanzpolitik der Regierung ist spätestens seit der Wahl insofern unberechenbar geworden, als Hans Eichel mit seinem ehemals so eindimensionalen wie klaren Kursziel nicht mehr die Navigationshoheit besitzt.

Der Hesse, der nach eigener Aussage noch nie seine Steuererklärung selbst gemacht hat, wurde im Rekordtempo zum Superstar der Schröder-Regierung. Sein heftiger Absturz seit der Wahl mag viele überrascht haben, er hat sich jedoch schon lange abgezeichnet. Ob der Minister die Demütigungen noch lange über sich ergehen lässt? Doch Hans Eichel ist an Loyalität gegenüber seiner Partei und dem Bundeskanzler kaum zu übertreffen. Ein „Im-Stich-Lassen“ der Regierung à la Lafontaine liegt ihm nicht. Eher schon lässt er sich langsam und schmerzhaft ohne Widerworte demontieren. Hans Eichel ist bei weitem nicht der erste Bundesfinanzminister in der deutschen Geschichte, der zu Boomzeiten glänzte und beim Steckenbleiben der Konjunktur plötzlich ohne Konzept dasteht. Er wäre auch nicht der erste Etatchef, der dafür seinen Hut nehmen muss. Eichel verkündet zurzeit noch, er sei kein Sonnenscheinminister für gute Zeiten. Gut möglich, dass er bald gar kein Minister mehr ist.